

Abo nennet für Stettin monatlich 50 Pfennige,  
mit Trägerlohn 70 Pfennige, auf der Post vierfachjährlich 2 Mark.  
Landkriegergeld 2 Mark 50 Pfennige.

Inserate: Die 4 gespaltene Zeitzeile 15 Pfennige.  
Redaktion, Druck u. Verlag von R. Graumann. Sprechstunden nur von 12—1 Uhr.  
Stettin, Kirchplatz Nr. 3.

# Stettiner Zeitung.

Morgen-Ausgabe.

Freitag, den 6. Januar 1882.

Nr. 9.

## Deutschland.

Berlin, 5. Januar. Binnen Kurzem wird der Entwurf des Innungsstaats, der im Reichsamt des Innern als ein Muster für die Interessenten aufgestellt worden ist, veröffentlicht werden. Den Bundesregierungen soll ebenfalls ein Abzug des Entwurfs zugehen, um diesen in ihren begülligen Publikationsorganen zur Kenntnis der Bevölkerung zu bringen. Damit ist zunächst der Zweck des Status erfüllt, denn es soll nicht eine Norm in dem kategorischen Sinne, sondern nur ein Beispiel zur eventuellen Nachahmung bilden. Von den Handwerkerkreisen allein wird es abhängen, ob der Statutenentwurf auf dem Gebiete des Innungswesens von Wirkung sein wird oder nicht. Der etwa zu erwartende Erfolg nach dieser Richtung hin dürfte für die frühere oder spätere Errichtung der von vielen Gewerbetreibenden lebhaft erstreuten Gewerbekammern nicht ohne Einfluss sein. Vielfach, offenbar auch innerhalb der Reichsregierung, besteht die Ansicht, daß nach Errichtung von Gewerbekammern die Handwerker in vielen Orten und Bezirken nicht mehr an die Bildung von Innungen gehen werden. Zunächst werden die Gewerbekammern voraussichtlich sofort als Schiedsgerichte bei Streitigkeiten der Gewerbetreibenden unter sich und mit ihren Gehilfen anerkannt werden. Ferner kann nach den Bestimmungen des Innungsgesetzes vom 14. Juli 1881 (§ 102) für mehrere unter derselben Aufsichtsbehörde stehende Innungen ein gemeinsamer Innungsausschuß gebildet werden. Wenn aber erst Gewerbekammern vorhanden sind, ist die Vermuthung nahe liegend, daß man diese ohne Weiteres als solchen Innungsausschuß fungiren läßt. Damit würde das Bedürfnis nach Gründung neuer Innungen aber unzweckhaft abgeschwächt, und es scheint, daß solche Erwägungen auf die Vorlage eines Gewerberäteentwurfs mit einwirken werden.

Zu der Frage der Erhebung des sogen. Kompetenzkonflikts in der Berliner Klagesache gegen den Lauenburger Landrat von Benninghausen liegt heute die folgende Verfügung vor:

Königliches Amtsgericht. Bayreuth, den 25. Dezember 1881. In der Privatklagesache des Kammerraths Berlin zu Büchen wider den königlichen Landrat von Benninghausen in Bayreuth wegen verleumderischer Beleidigung wird auf Antrag der kgl. Regierung zu Schleswig vom 24. er. behufs Prüfung und Entscheidung der dort angeregten Frage, ob seitens genannter Behörde der Kompetenzkonflikt zu erheben sei, der auf Donnerstag, den 5. Januar 1882, Vormittags 10<sup>1/2</sup>

Uhr, anberamte Termin zur Hauptverhandlung hiermit aufgehoben.

## gez. Frank.

Hieran scheint der Versuch, die Angelegenheit dem zuständigen Richter zu entziehen, zwar noch nicht geschlossen zu sein, aber es ist schon bedauerlich genug, daß bei der Regierung zu Schleswig überhaupt die Frage aufgeworfen werden könnte, ob ein Eingriff in das gerichtliche Verfahren zu Gunsten eines Beamten versucht werden soll, welcher sich einer so schweren Abschreitung schuldig gemacht hat, wie der Landrat von Lauenburg. Mit Recht erinnert die „Lip. Korresp.“ daran, daß der Minister v. Puttkamer in der Abenstaltung des Reichstags am 15. Dezember in Bezug auf die Lauenburger Beschwerden seine Ewidierung mit folgenden Worten schloß:

„Im Uebrigen werden diese Dinge ja durch die schwebenden gerichtlichen Verhandlungen aufgeklärt werden, und wenn sich, was ich nicht hoffe, eine Schuld des Landrats herausstellen sollte, dann wird er seiner Nüge nicht entgehen.“

Man kann allerdings verschiedener Meinung darüber sein, ob nach der jetzigen Lage der Dinge mehr zu wünschen ist, daß die Regierung den „Kompetenz-Konflikt“ nicht erst erhebe, oder daß das Oberwalzunggericht in die Lage komme, darüber zu entscheiden.

Es bestätigt sich, wie berichtet wird, daß dem Landtag eine Vorlage wegen Erhöhung der Hundesteuer zugehen wird. In seiner letzten Sesson hat sich das Abgeordnetenhaus mit einer Petition des Berliner Magistrats wegen Erhöhung der Hundesteuer bestätigt. Die Gemeindelokomission beantragte Übergang zur Tagesordnung, das Plenum schloß sich diesem Antrage jedoch nicht an, sondern nahm einen Antrag des Abg. Müller (Frankfurt) an: Die Petition der Staatsregierung zur Verabsichtung dahin zu überweisen, daß dem Landtag in seiner nächsten Sesson ein Gesetzentwurf vorgelegt wird, durch welchen der in der Kabinetsordre vom 29. April 1829 als Steuer für jeden Hund festgesetzte Höchstbetrag auf einen höheren Betrag festgesetzt wird, welcher der seitdem eingetretene Entwertung des Geldes und der durch das Wachsthum der Städte vergrößerten Gefahr der Tollwut der Hunde entspricht. Die Regierung beachtigt angeblich, die Hundesteuer für Berlin auf 15 Mark, in anderen Städten niedriger festzusetzen.

Die „Nat. Ztg.“ schreibt: Die Mitteilungen des Pariser „Times“-Korrespondenten vom 1. Januar, daß Frankreich und England sich geeint hätten, eine identische Note an den Khedive

zu richten, in welcher sie ihm für den Fall, daß die Ruhe in Egypten gestört werden sollte, ihren Beistand zur Wiederherstellung der Ordnung anbieten, erweist sich bei näherer Betrachtung als ein von Seiten des Herrn Gambetta durch Vermittelung des Pariser Korrespondenten des Blattes, Herrn von Blowik, ausgeschickter Versuchballon. In London steht die Idee einer gemeinsamen französisch-englischen Aktion in Egypten auf sehr energischen Widerstand — man will sich durch die französische Waffenbrüderlichkeit am Nil nicht unterwerfen lassen, dieselben vielmehr frei behalten, um im gegebenen Augenblick das ausschließliche Protektorat Englands über Egypten proklamieren und vertheidigen zu können. Jetzt hält man diesen Moment noch nicht für gekommen; das Kabinett von St. James ist sicher darüber aufgeklärt, daß bei der gegenwärtigen politischen Konstellation in Europa weder Frankreich noch England, noch beide gemeinschaftlich ernstlich daran denken können, sich in Egypten festzusetzen, ohne sofort eine Tripel- oder Quadrupel-Allianz gegen die französisch-englische Allianz ins Leben zu rufen. Von diesem Gesichtspunkte aus betrachtet auch die „Times“ die Kombination einer gemeinsamen militärischen Intervention. Sie missbilligt, wie heute gemeldet wird, diese Idee und meint, eine verfrühte Landung fremder Truppen würde bei der gegenwärtigen Lage Egyptens nicht zur Ruhe, sondern zu Auseinandersetzungen führen und könnte leicht Verschwendungen verursachen, deren Ende nicht abzusehen sei.

Eine sehr interessante Meldung läßt sich „E. T. C.“ aus Tunis von gestern telegraphiren, wonach dort aus Egypten eingetroffene Nachrichten besagen, daß Syed Ahmed Bey Arabi, das vielgenannte Haupt der arabischen Nationalpartei, durch Cherif Pascha zum Unterstaatssekretär im Kriegsministerium berufen worden sei, und zwischen dem Khedive, der Volksvertretung und dem Ministerium ein vollkommenes Einverständniß herrsche. Die Annahme Arabi's in das Ministerium würde, vorausgesetzt, daß sich diese Nachricht bestätigt, der unzweckmäßigste Beweis für die Machtlosigkeit der einzeln Königlichen Regierung gegenüber der Nationalpartei sein. Als im September Arabi sich an die Spitze der arabischen Regimenter stellte und den Khedive in seinem Palaste bedrohte — da vermochte die Entsendung englischer und französischer Kriegsschiffe nach Alexandria den Obersten, in die Entfernung der an der Emette befehligen gewesenen arabischen Regimenter zu willigen; er selbst begab sich mit seinem Regiment ebenfalls in die ihm angewiesene Garnison. Aber kaum hatten die Kriegsschiffe Englands und Frankreichs Alexandria ver-

lassen, da erschien Arabi auch wieder in der Hauptstadt und niemand wagte, ihn darauf zu verhindern. Ja Cherif Pascha wagt kaum etwas zu unternehmen, ohne Arabi's Zustimmung einzuholen. Die Berufung des Obersten in das Kriegsministerium bedeutet einen Triumph der Nationalpartei, der dieselbe ermächtigen dürfte, ihre Aspirationen immer weiter auszudehnen.

Das Programm seiner Partei hat Arabi Bey soeben in einer Zuschrift an die „Times“ veröffentlicht. Der schlaue Araber, der den Einfluß Englands auf die Geschichte Egyptens wohl zu würdigen weiß, hat das Programm klugerweise so formuliert, daß das englische Protektorat noch Platz darin hat.

Wie der „Tribune“ aus Posen vom 4. d. M. geschrieben wird, hat es in polnischen Kreisen Aufsehen erregt, daß die vom Reichstag bei Eröffnung des Reichstages verlesene kaiserliche Botschaft in polnischer Sprache gedruckt unter polnische resp. jüdische Bewohner Ostpreußens durch die Behörden verbreitet worden ist. Polnischseits wird man dadurch zu der Annahme geführt, daß die Reichsregierung, für welche es bekanntlich kein Amtssprachengesetz gibt, nicht abgeneigt sein würde, ev. den Gebrauch der polnischen Sprache als Amtssprache in Angelegenheiten, welche zur Kompetenz des Reiches gehören, wie Landes-, Verkehrs-, Kommunikations-Angelegenheiten &c. zu gestalten. Charakteristisch ist ein Vorschlag der „Gaz. Tor.“, daß hin gehend, daß die polnischen Reichstagsabgeordneten im Reichstage bezügliche Anträge auf Gestaltung des Gebrauchs der polnischen Sprache als Amtssprache für die erwähnten Angelegenheiten in den von Polen bewohnten Landestheilen stellen sollen.

Das angesehteste hiesige fortschrittliche Blatt, die „Posseitsche Zeitung“, nimmt heute in einem längeren Artikel über den Antrag Windhorst entschieden Partei gegen das Vorgehen des Abgeordneten Richter. „Wir weisen“, sagt sie, „den Versuch entschieden zurück, das Reichsgesetz vom 4. Mai 1874, dessen Aufhebung Herr Windhorst beantragt, als ein selbstständiges, vereinzelt, von dem Ganzen beliebig trennbares Stück zu behandeln, dessen Befestigung möglich ist, ohne in den Zusammenhang der künftigen Gesetzgebung einzutreten und ohne sich ein schwerwiegendes Präjudiz für die künftige Gestaltung der Kirchengesetzgebung zu schaffen.“ Es wird dann die immer wiederkehrende Behauptung des Herrn Richter widerlegt, daß das Gesetz von 1874 ein „Ausnahmegesetz“ von der Art des Sozialsteuergesetzes sei: mit Ausnahme einer einzelnen Bestimmung

## Beuilletton.

Gustav Wasa, der Held des Nordens.  
Große romantische Oper in 4 Akten von A. Rosi.  
Musik von Karl Goethe.

Es liegt uns die erste große Oper eines Komponisten vor, der auf dem Gebiete symphonischer Kompositionen und durch zahlreiche durchweg stimmgewollte Lieder sich einen guten Namen in der musikalischen Welt geschaffen hat. Wir sprechen von Karl Goethe, dessen Oper „Der Held des Nordens“, wir Gelegenheit hatten, eingehend zu würdigen. Es sei hier gleich vorausgeschickt, daß das bedeutende Werk am Hoftheater zu Weimar, und an den Stadttheatern zu Breslau, Danzig, Halle, bereits mit glänzendem Erfolge in Szene gegangen ist und im Januar 1. J. in Stettin gegeben werden wird\*. Hat sich die Oper demnach in praxi vollkommen bewährt, so dürften wir mit dieser Befreiung weiterhin die Anregung geben, daß die geniale Komposition auch in weiteren Kreisen gewürdigt wird, wozu Text und Musik gleicherweise auffordert.

Das Libretto behandelt den Kampf Gustav Wasa's, des letzten vortriebenen Sprossen der schwedischen Königsfamilie, gegen den usurpativen König von Schweden, Christian II. von Dänemark, und endigt die Handlung mit dem Sieg des legitimen Fürstensprossen über die anmaßende

\* Die erste Aufführung findet am Dienstag, den 10. Januar, zum Benefiz des Kapellmeisters Herrn Karl Goethe statt.

Gewalt. Der Kulminationspunkt der Handlung gipfelt im letzten Akt. Gustav — schon im Besitz Schwedens — belagert nun den König in der Hauptstadt Stockholm, wagt aber nicht zum Sturm zu schreiten, weil Christian auf der Wallmauer die in seiner Gewalt befindliche Mutter Gustav's zu töten schwört beim ersten Angriff. Den darob zaudernden Sohn ermahnt die Mutter in antiker Vaterlandsliebe über ihre Leiche hinweg sein Volk frei zu machen — ein großartiger effektvoller Moment — in dem der Komponist sein ganzes Können offenbart, bis endlich durch heimlich in die Stadt gedrungene Krieger Gustav's die Mutter befreit und die Hauptstadt eingenommen wird. Die Oper beginnt im Bergwerke zu Falun, der zweite Alt spielt im Königsschloß zu Stockholm, der dritte in seinem ersten Theile auf dem Schlosse eines Edelmannes in Dalekarlien, in seinem zweiten in einem Dorfe beim heiligen Dreikönigsfest, und der vierte im Lager vor Stockholm. Reiche dekorative Effekte heben die Vorgänge und ein frisches, charakteristisch gefärbtes Leben pulsirt in der Oper, die an Folgerichtigkeit und dramatischer Verve des Textbuches die meisten bekannten Musikkästen übertrifft.

Die Partitur kennzeichnet Herrn Karl Goethe durchaus als einen feinfühligen Instrumentalisten, dem der Vorn quellender Melodien reichlich strömt, der ein Meister in kontrapunktischen Finessen ist, und dem sein musikalischer Genius erlaubt, kraftvolle, fest gefügte und thematisch großartige Sinfonies aufzubauen. Herr Goethe steht nicht im Banne des Bayreuter Propheten: Seine Musik hält fest an den Formen, wie sie die alten Meister uns überlieferten, und spricht sich aus in Arien, Duetten, Terzettten, nicht in ruhelos flüchtenden Wechs-

selgesprächen. Auch Goethe versteht es, die Stimmen der Handelnden, den Charakter seiner Personen musikalisch zu illustrieren, aber er läßt der Musik als solcher ihr Recht und verschmäht die dennoch unmögliche Verquälung des rein dramatischen und rein musikalischen zu öden, rein rhetorischen Ausschallungen. Nach der stimmungsvollen Ouverture hebt ein sehr charakteristisch gehaltener Chor der Bergleute an, der durch ein musikalisch wertvolles Quartett aufgenommen wird, in dem die frische Muß der königlichen Soldaten und die ingrimige Verzweiflung der Schweden zu überzeugendem Ausdruck kommt. Wirkungsvoll in ihrer intensiven düsteren Färbung ist die Ballade des Anderson und der einschläende Chor hebt den traurigen Grundzug dieser Nummer in wirkungsvoller Prägnanz noch mehr hervor. Sehr glücklich und melodisch reizend ist der nun folgende Walzer als heiteres Schlaglicht dem vorherigen ernsten Gesange zugesellt und zeigt der Komponist darin eine rythmische Pointierung und Findigkeit, daß ich diese Nummer (4) ganz besonders hervorheben möchte.

Der zweite Alt zeigt das Talent des Komponisten nach der musikalisch-dramatischen Seite hin im hellsten Lichte. Das Duett zwischen Christian und Gustav's Mutter, die Kavatine des Königs und endlich das Finale sind meisterhaft gearbeitet und von mächtiger Wirkung. Halb wahnhaft sitzt der König in seinem Schlosse. Die Angst ermordet zu werden — dann die Mutter Gustav's, die den Tyrann mit erhabenem Borne peinigt durch Erzählung seiner Schandthaten — das malt die Musik mitflammenden Augen. Goethe hat hier Farben auf seiner Palette, die echt sind, die darauf hindrücken, ein bewährtes Ta-

lent, eine harmonische Künstleratur gibt hier in ergreifender Charakteristik ihr Bestes. Sehr bemerkenswert sind hier die gehäufteten Dissonanzen, die aber der geniale Meister in sehr bezeichnender Weise benutzt, um die peinliche Seelenstimmung des Königs wiederzugeben — und nur ab und zu durchbricht diese grellen Blitze ein der Mutter Gustav's in den Mund gelegtes, sanft fließendes Legato, das sich aber in Kurzem wieder zu einem lebenshaften Allego steigert. Die Kavatine des Königs ist eine herliche Nummer, großartig wirkend durch eine eminent geistreiche Mischung des elegisch-träumerischen und des hochdramatischen Elements. Das Finale ist groß gedacht und ebenso durchgeführt. Brillant gelingen dem Komponisten die plötzlichen Übergänge von der wütendsten Leidenschaftlichkeit zur gezwungenen Heiterkeit. Mit kraftvoller Empfindung hat der Komponist hier eine lebensvolle Szene nach ihrer ganzen Bedeutung musikalisch erfaßt und sie zur Unterlage für eine nach jeder Richtung bedeutende Nummer gemacht. Ihr dritter Alt tritt ein Duett (Barbara und Gustav) und ein sentimentales Lied Gustav's her vor. Namentlich letzteres zeigt den Komponisten als einen Meister in der Variierung einfacher Themen und der Stimmführung. Ohne ihm musikalisch ähnlich zu sein, erinnert dies Lied in seinem schönen Flus und dem liebevollen Ausspinnen des zu Grunde liegenden musikalischen Gedankens an Borling's Musterlied „Einst spielt ich mit Scoper“. Das lustige Treiben des Dalekarlischen Volksfestes wird sehr glücklich wiedergegeben und erkennt man, daß dem Komponisten ebensoviel der Ausdruck lebensfrischer Heiterkeit als lobender Leidenschaftlichkeit vermag ist.

Der vierte Alt mit einer brillanten Tenor-

hande es sich darin nicht um administrative politische Maßregeln, sondern um die unter gerichtliche Kontrolle gestellte Exekution rechtskräftig gesprochener, gerichtlicher Urtheile. Weiter heißt es: Ausnahmegesetz in Wahrheit ist das Reichsgesetz von 1874 in dem nämlichen Sinne, in welchem überhaupt die gesamte Maßgebung auf dem Boden der Ausnahmegesetzgebung bewegt. Denn entgegen einer Auffassung, welche eine gleichmäßige Regulirung der staatlichen Rechte gegenüber allen Religions-Gesellschaften und mit hin ein gemeinrätliches Staatskirchenrecht forderte, ist die Maßgebung von der privilegierten Stellung der katholischen Kirche, von der Thatfache einer festgefügten, über den Erdkreis verbreiteten Organisation der Hierarchie ausgegangen, welche nirgends eine Analogie in unserm Staats- und Gesellschaftsleben findet. Sie hat dieser Ausnahmeherrschaft gegenüber ihre Maßregeln und Bestimmungen getroffen, welche an dem gemeinen Rechte keinen Maßstab finden. Wenn es für die Aufhebung des Reichsgesetzes von 1874 genügt, daß es ein Ausnahmengesetz ist, der greift unendlich viel weiter. Von diesem Standpunkt aus wird er mit logischer und prinzipieller Notwendigkeit gezwungen, für die Aufhebung des Jesuitengesetzes, für die Beseitigung des Kirchengerichtshofes, für die Wiederzulassung der lössterlichen Gemeinschaften, der unterdrückten kirchlichen Unterrichts- und Erziehungsanstalten zu stimmen — kurz, er wird gezwungen, Stück für Stück, in wesentlichen Punkten und ohne Weiteres die bestehende Kirchengebung abzubrechen, sobald es nur dem Centrum oder sonst wem beliebt, die entsprechenden Anträge zur Abstimmung zu bringen. Man hat gesagt, das „Volk“ werde eine Ablehnung des Antrages Windthorst nicht verstehen. Wir behaupten das voll Gegenheit. Das „Volk“ würde in der Annahme des Antrages eine plötzliche Umkehr, eine ruckweise Wandlung nach Bismarckscher Art erblicken. Es würde die liberalen Parteien, einschließlich der Fortschrittspartei, für Abhängigkeit des nämlichen Gesetzentwurfes eintraten sehen, den sie seiner Zeit mit seltener Einstimmigkeit angenommen haben. Die Durchsetzung des Antrages Windthorst unter Beihilfe der Liberalen würde dem Centrum einen Triumph bereiten, der laut an das Ohr dieses Volkes schlagen würde.

In Hildesheim ist am 3. d. Ms. der Buchhändler und Senator Albert Gerstenberg, Vorsitzender der dortigen Handelskammer, im 57. Lebensjahr gestorben. Er war einer der Führer der hannoverschen Liberalen schon vor der Annexion; nach derselben vertrat er während der ersten Legislaturperiode seine Vaterstadt Hildesheim im Abgeordnetenhaus. Auch nachdem er seiner Berufsgeschäfte wegen das Mandat nicht wieder angenommen hatte, war er einer der eifrigsten Vorlämpfer des nationalgestützten Liberalismus seiner Heimat, zugleich ein stets opferbereiter Förderer jeder gemeinnützigen Bestrebung.

Die „Germania“ vertritt die für die „Prov.-Korresp.“ nicht sehr schmeichelhafte Ansicht, daß das halbmäßige Blatt abschließend die Verweichung betreffs des Juligesetzes begangen habe; sie schreibt:

Das Juligesetz hat mit dem, was in Fulda geschehen, nicht das Mindeste zu schaffen. Warum muß die „Prov.-Korresp.“ es dennoch in ihren Artikel hineinziehen, wie kann sie die Behauptung wagen, daß ohne das Juligesetz die Verständigung über die Bischofsvereinigung in Fulda „unwirklich“ gewesen wäre? Der Grund ist klar, die Absicht leicht zu durchschauen. Es soll einmal wieder „die Fürsorge der preußischen Regierung für ihre katholische Bevölkerung“ in helles Licht gesetzt werden auf Kosten des Centrums, also auf Kosten der

Vertreter, welche das katholische Volk sich selbst gewählt hat. Und dadurch soll, je nach dem entweder auf diese Vertreter ein Druck geübt werden, den Wegen der Regierung näher zu treten, als sie es ihren Grundsätzen nach können, oder es soll das katholische Volk an diesen Vertretern irrgemacht werden. Deshalb die Herabmierung des Juligesetzes in diese Frage, mit der es nichts zu schaffen hat, deshalb in dem Artikel der „Prov.-Korresp.“ der Hinweis auf den Widerspruch des Centrums gegen einen Theil des Juligesetzes!

Die französischen Kammeren treten verfassungsmäßig am zweiten Dienstag eines jeden Januar, also diesmal am 10. d. zu ihrer ordentlichen Session zusammen. Mit besonderem Interesse steht man zunächst der Präsidentenwahl in der Deputirtenkammer entgegen. Falls Brissot, wie es allem Anschein nach geschehen wird, wieder zum Präsidenten ernannt wird, kann man in dieser Wahl zugleich eine gegen Gambetta gerichtete Demonstration erkennen, da der Gegensatz zwischen den beiden Präsidenten sich immer schärfer accentuiert. Die Sprache, welche das Organ Brissot's seit geraumer Zeit gegen den Konsellpräsidenten führt, läßt darüber keinen Zweifel bestehen. Bezuglich der für Gambetta wenig günstigen Dispositionen der republikanischen Kammermehrheit sind bereits allerlei Gerüchte verbreitet; insbesondere soll beachtigt werden, die jüngsten Personalveränderungen zum Gegenstande von Interpellationen zu machen. Am Montag versammeln sich sämtliche Abgeordnete der republikanischen Majorität im Palais Bourbon, um sich über die Wahl der Präsidenten und Vizepräsidenten der Kammer schlüssig zu machen. Da am Tage vorher die Erneuerungswahlen für den Senat stattfinden, von deren Ausfall die Bildung einer geschlossenen republikanischen Majorität daselbst, sowie die Eventualität der von Gambetta in Aussicht genommenen Verfassungsrevision und Senatsreform abhängt, wird die auf Montag anberaumte Versammlung auch Gelegenheit haben, ihre Verhaltungslinie für die parlamentarische Kampagne selbst festzustellen.

Der Prozeß der Wera Säfflitzsch ist bekannt. Im Februar 1878 saß die Genaute auf den Stadthauptmann von Petersburg, General Trepoff, weil sie einer politischen Gefangenen, Namens Bogoljubow, ganz unmenschlich hatte auspeitschen lassen. Das Geschworenen-Gericht, welches über die verhaftete Säfflitzsch abzurichten hatte, sprach die Angeklagte frei, obgleich der Thatbestand des versuchten Mordes von der Beschuldigten nicht geleugnet wurde. Die Geschworenen sprachen die Nihilistin frei, um das herrschende Regierungssystem dadurch zu verurtheilen. Der Schatz der Säfflitzsch und der Freispruch des Gerichts weckten in ganz Russland ein furchtbare Echo. Man kann wohl sagen, daß mit dem Fall Säfflitzsch die Reihe der eigentlich nihilistischen Attentate erst eröffnet wurde. In dem Januarheft der „Deutschen Rundschau“ wird nun ein interessantes Altknack publiziert, welches sich auf diesen Prozeß bezieht. Es ist dies eine geheime Denkschrift, welche zwei über drei Wochen nach der Freisprechung der Angeklagten vom General Trepoff in 25 Exemplaren an den Zaren, die Großfürsten, die Minister und einige Würdenträger vertheilt wurde. Vorausgesetzt muß werden, daß vor Beginn des Prozesses in den maßgebenden Kreisen von Petersburg sehr ernsthaft die Frage erwogen wurde, ob derselbe als ein politischer vor einem besonderen Gerichtshof, oder als ein privater vor den Geschworenen verhandelt werden sollte. Der Justizminister Pahlen wußte unter dem Hinweis, daß ein „entsprechender Ausgang“ gesichert sei, das Letztere durchzusehen. General Trepoff saß nun in seiner geheimen Denkschrift aus, anderer, wie Justizminister Pahlen immer mit der „dritten Abteilung“ und deren geheimer Kabinettjustiz auf feindlichem Fuße stand. Innebekonnte setzte Pahlen mit ihm (dem General Trepoff) stets in Kompetenzstreitigkeiten gewesen. Justizminister Pahlen habe also nur aus Ränke den Prozeß vor die Geschworenen gebracht und sei dadurch schuld an dem „tödlichen Schlag“ gegen die Regierung. Die That der Säfflitzsch sei ein Alt der Feindseligkeit gegen die Staatsideen gewesen, und die Kurzsichtigkeit der Justiz habe die Wehrlosigkeit der Regierung herbeigeführt. Ferner konstatiert Trepoff, daß der Applaus, welcher bei dem Wahrspruch der Geschworenen im Gerichtssaal laut wurde, zum Teil von Beamten des Justizministers herrührte. Trepoff beschuldigt seines Untersuchungsrichter, Staatsanwalt, Gerichtshof und alle beteiligt gewesenen Justizbeamten, daß sie den Prozeß in tendenziöser Weise gegen ihn geführt und daß sie sich dadurch an der Gewalt des Zaren oder, wie Trepoff sagt, an der russischen Staatsidee veründigt hätten. . . Dies in kurzen Zügen der Inhalt der Denkschrift. Man weiß, daß Justizminister Pahlen bald nach dem Ausgang des Prozesses aus dem Dienste entlassen wurde, angeblich in Folge der Darlegungen der Denkschrift. Haben die Dinge in der That so gelegen, daß die Freisprechung der Säfflitzsch das Werk einer von den beteiligten Justizbeamten gesponnenen Intrigue war, und daß der dieser Freisprechung gespendete frenetische Beifall „von Freunden der Herren Justizbeamten“ ausging, die mit dem Wahrspruch der Geschworenen „sympathisierten mussten“, — dann ist allerdings die revolutionäre Verziehung des russischen Staatsorganismus sehr viel weiter vorgeschritten, als auch die verstöcktesten Pessimisten anzunehmen wagen. Dann ist aber auf ein der Erhaltung des bestehenden Systems gewidmetes Zusammenwirken, auch nur der Regierungsorgane selbst, weder für die Gegenwart, noch für die Zukunft zu rechnen!

Wer die Aufgabe, eine große Oper zu schreiben, in ihrer ganzen Schwierigkeit zu ahnen vermag, der wird der hochbedeutenden Komposition, deren Trefflichkeit außer Frage, die weiteste Verbreitung wünschen, damit der Komponist in den gerechten Erfolgen seinen Lohn und zugleich Mut und Kraft zu neuem Schaffen finde! Quod deus bone vortat! Friedrich Mölle.

Ein eigenhümlicher Zufall führt es übrigens, daß in demselben Moment, da diese Denkschrift Trepoffs in die Öffentlichkeit gelangt, von London aus ein Circular der Wera Säfflitzsch bekannt wird, in welchem diese raslose Agentin des Nihilismus eine Subskription zu Gunsten flüchtiger russischer Revolutionäre eröffnet. Sie verspricht dabei, die Nachrichtenberichte in dem Petersburger Revolutionsblatt „Narodnaja Wola“ zu erstatten, also dicht unter den Augen der russischen Machthaber.

Die englische Presse beschäftigt sich noch fortwährend mit den angeblichen Bestrebungen Deutschlands um Eession von Helgoland. Uns ist von solchen Bestrebungen nichts bekannt als die Aufrührung eines verdienten Seefürters zur Disposition. Das die deutsche Reichsregierung absolut mit der Angelegenheit nichts zu schaffen hat, halten wir für selbstverständlich. Wir kommen bei der Hartnäckigkeit, womit die englische Presse das Thema Helgoland aufrethält, vielmehr zur Vermuthung, daß England uns diesen Felsen für irgend einen Preis anbietet, der etwa am Nil zu zahlen wäre und sich anscheinend als außerordentlich überzeugt erweisen würde. Der politische Zustand Helgolands ist bekanntlich der, daß ein Herr aus den regierenden Klassen Englands gegen ein hohes Gehalt die Mühe übernimmt, einige Monate des Jahres bei den friesischen Fischern der Insel zu residieren, deren Sprache er regelmäßigt nicht kennt und in deren kommunale Angelegenheiten er von Zeit zu Zeit versucht hineinzudenken. Dagegen findet dieser Gentleman Gelegenheit, während der Saison die ausgezeichneten Seehöder der Insel mit seiner Familie zu genießen. Das Gange kommt die englischen Steuerzahler auf eine nicht unbeträchtliche Zahl von Tausenden von Pfunds zu stehen.

#### Ausland.

Paris, 4. Januar. Das heutige Begräbnis des Seine-Präfekten Herold ging ohne jede religiöse Feier dem Wunsche des Verstorbenen gemäß vor sich. Der Leichenzug war übrigens ein sehr imposanter. Die gesamte republikanische offizielle Welt beteiligte sich an denselben. Betreffs des Nachfolgers Herolds ist noch nichts bestimmt; zahlreiche Namen kursieren, darunter sogar der Hebrard's, Senators und Chefredakteur des „Temps“. Es verlautet, daß der Kriegsminister Campenon im Ministerrath die Verabschiedung des Majors La bordon aus dem aktiven Dienste beantragt hat anlässlich dessen Kandidatur für den Senat, welche allerdings eine wahre Kandidatur der militärischen Indisziplin ist.

#### Provinziales.

Stettin, 6. Januar. Der Eigentümer Baade in Bredow lebte mit seinem Sohne, dem Stellmacher Max Baade, lange Jahre im besten Frieden, dies änderte sich jedoch plötzlich, als der Vater in seinen alten Tagen nochmals einen Ehebund einging. Mit der Stiefmutter hielt auch der Unfrieden Einkehr und bald lebten auch Vater und Sohn in stetem Streit, der sich auch in vielen Prozessen kund gab. Unter diesen Umständen war es nicht zu verwundern, daß der Sohn gegen seine Stiefmutter Hass empfand, den er auch am Abend des 9. Juni 1880 dadurch zum Ausdruck brachte, daß er auf der Feldstraße in Bredow seiner Stiefmutter einen Faustschlag ins Gesicht versetzte. Dieser Schlag traf so unglücklich, daß der linke Nasenflügel beschädigt wurde und eine dauernde Verengung der linken Nasenhöhle eintrat. Die Stiefmutter stellte einen Strafantrag und nachdem bereits deshalb seit langer Zeit ein Civilprozeß geschwungen, wurde die Sache der königlichen Staatsanwaltschaft überwiesen und war gestern vor dem Schöffengericht wiederum vernarrt, zu welchem 12 Zeugen und ein Sachverständiger geladen waren. Obwohl der Sohn die Misshandlung entschieden in Abrede stellte und auch einen Alibibeweis verfügt hatte, erachtete ihn der Gerichtshof für überschritten und erkannte gegen ihn auf 2 Monate Gefängnis und auf eine an die Beschädigte zu zahlende Buße in Höhe von 100 Mark.

Der bisherige Privatdozent Dr. Richard Munde ist zum außerordentlichen Professor in der philosophischen Fakultät der Universität zu Greifswald ernannt worden.

Vom Neu-närrischen Dragoner-Regiment Nr. 3, welchem von dem Kaiser von Österreich ein Porträt Sr. Majestät des weiland Kaisers Maximilian von Mexiko verliehen worden, ist eine Deputation, bestehend aus dem Oberst Lieutenant und Regiment-Kommandeur von Albedyll, dem Rittmeister von Scharf I. und dem Premier-Lieutenant von Bothmer, von Treptow a. N. in Berlin eingetroffen. Dieses wird sich nach Abstaltung persönlicher Meldungen vorstelbst nach Wien begeben, um dem Kaiser von Österreich für das verliehene Porträt den Dank des Regiments abzustatten.

#### Kunst und Literatur.

Theater für heute. Stadttheater: „Unsere Frauen.“ Lustspiel 5 Akten. Hierauf: „Die Blumenfee.“ Ballet.

Wie uns aus Neapel geschrieben wird, hat die auch hier bekannte Pianistin Fr. Dory Petersen daselbst am 4. Januar zum fünften Male mit großartigstem Erfolge konzertirt. Die begabte Künstlerin spielt jetzt in Mailand. Italienische Blätter veröffentlichten folgenden Brief Franz Liszt's, den der Meister an den Vater der Künstlerin gerichtet hat:

Sehr geehrter Herr! Die vortreffliche Gesundheit Ihrer Tochter, Fräulein Dory, sowie deren wirklich süberre Klavier-Virtuosität mildet Ihnen freundlichst ergeben. G. Liszt. Fr. Petersen wird in nächsten Monaten eine Konzertreihe durch Süddeutschland machen. Ihre technischen Fertigkeiten sollen einen fast beispiellosen Höhengrad erreicht haben, so hat speziell ihr sauberes Piano den enthusiastischsten Applaus des Publikums entfesselt.

#### Bermischtes.

Berlin. Der Schlosser Wille, der phantastische Verfertiger jenes unwiderstehlichen Halsbands, mit dem er hiesigen Aerzen an's Leben gehen wollte, hat, wie das „Berl. Tagebl.“ meldet, gestern früh im Untersuchungs-Gefängnis zu Moabit, wo er sich jetzt befindet, den Versuch gemacht, sich durch Selbstmord dem irdischen Richter zu entziehen. Als der Gefangenwärter des Morgens die Thür der Zelle ausschloß, um dem Wille die Suppe reichen zu lassen, fand er ihn hieend vor seinem Bett und mit dem Halstuch am Bettpfosten erhängt vor. Den Bemühungen des sofort hinzugeholten Gefangenarztes gelang es, ihn wieder zum Leben zurückzubringen.

Aus Berlin wird geschrieben: Wenn Soldaten auf den Gedanken kommen, „Räuber zu spielen“, so ist dies kein Scherz mehr, der ungestrafft bleiben darf. Zwei bei einem hiesigen Garderegiment im dritten Jahre dienende Kadetten, der Eine aus Westfalen, der Andere aus Hessen gebürtig, von denen der erste bei einem Einjährig-Freiwilligen als Bursche fungierte, verschwanden vor etwa 4 Wochen aus ihrer Kaserne. Schon 6 Stunden darauf meldete die Polizei, daß sie auf dem Kreuzplatz an der einsamen Pappel, auf einem Strande hängend, zwei Uniformen gefunden habe. Ferner meldet ein Einjährig-Freiwilliger, daß sein Vater in seiner Wohnung gewesen sei und sich von seinen Wirthsleuten zwei ihm geborgte Civilanzüge habe geben lassen, unter der Vorgabe, daß er zur Abholung desselben beauftragt sei. Vierundzwanzig Stunden darauf wurden die beiden Deserteure, mit den Civilanzügen des Einjährig-Freiwilligen bekleidet, in einem Schauklopfel der Neuen Friedrichstraße ermittelt und festgenommen. Bei dem Westfalen, welcher sich den Käppermantel des Einjährigen zugelegt hatte, fand man zwei dolchartige Messer. Von dem Hauptmann scharf in's Ohr genommen, welchen Gebrauch sie von den Messern zu machen gedachten, verzweigte der Westfale jede Kunst, während der Hesse gestand, daß er von seinem Kameraden verführt worden sei und daß sie den Plan gefaßt hätten, „sich als Räuber durch die Welt zu schlagen“. Am Dienstag wurden nun, wie die „N. N.“ erzählen, die beiden Deserteure von einem Kriegsgericht abgeurteilt. Die Verkündigung des Urteils erfolgte den Militärgesetzen entsprechend erst nach erlassener Bestätigung durch den Kommandierenden General des Armeekorps, doch verlautet, daß den Westfalen vierdienstmaßen eine sehr harte Strafe getroffen, während der verfahrene Hesse mit einigen Wochen strenger Arrestes davongeworfen sein soll.

Über ein abenteuerlustiges 16-jähriges Mädchen melben Berliner Blätter: Ein junges, sehr hübsches Mädchen, welches sich bei ihrer in Bückeburg wohnenden Großmutter in Pension befand, hatte, trotzdem sie erst 15 Jahre alt ist, einen unwiderstehlichen Drang nach Freiheit und nach Befreiung von den Fesseln der großmütterlichen Zucht. Das Mädchen nahm aus dem Schrank, in welchem die Großmutter ihre Sachen und Wertpapiere verwahrte, nahe an 5000 Mark in barinem Gelde und in Wertpapieren und entstoh damit zunächst nach Hannover, woselbst sie die Bekanntheit eines Offiziers mache und in dessen Begleitung die Reise nach Berlin fortfahre. Hier mietete sich die junge Dame in einem Hotel ein, ließ von sich ein wertvolles Portrait anfertigen und vervollständigte ihre Garderobe durch den Ankauf mehrerer seidner Kleider. Auch einen wertvollen Seidenpflz legte sie sich zu. Von hier aus machte sie am Spätnachmittag einen Abstecher nach Stettin und kam am Montag zurück. Als sie vor ihrem Hotel vorgesfahren war, wurde sie von mehreren Polizeibeamten in Empfang genommen und zur Haft gebracht. Inzwischen war nämlich von der Großmutter der Flüchtigen bei der Staatsanwaltschaft die Anzeige des Vorfalls und der Antrag auf strafgerichtliche Verfolgung des jugendlichen Desfrondantin eingegangen, welche die Verhaftung derselben zur Folge hatte. Der bei weitem größte Theil des entwendeten Geldes, mehr als 4000 Mr., ist noch im Besitz des Mädchens gefunden worden.

#### Telegraphische Depeschen.

München, 5. Januar. Abgeordnetenkammer. Das Konkubinatgesetz wurde heute in zweiter Lesung wesentlich umgestaltet durch den Antrag Luthardt's, daß Einschreitung behufs Bestrafung auf Antrag der Polizei erfolgen solle, nach längerer Debatte mit 81 gegen 52 Stimmen angenommen.

Konstantinopel, 5. Januar. Auf Ersuchen der kretischen National-Beratung hat der Sultan eingewilligt, die Hälfte der Zollentnahme Kretas der dortigen Regierung zur Deckung des Defizits des kretischen Budgets zu überlassen.

Tunis, 4. Januar. Von den Melka-Bilgeri in dem Lager bei Alexandria erliegen täglich etwa 3 Pt. der Cholera-Epidemie.